



Open Access Repository

www.ssoar.info

Der Wahlsieg von Enrique Bolanos in Nikaragua: "Continuismo" statt "Rückkehr zur Revolution"

Peetz, Peter; Schuller, Robert

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Peetz, P., & Schuller, R. (2001). *Der Wahlsieg von Enrique Bolanos in Nikaragua: "Continuismo" statt "Rückkehr zur Revolution"*. (Brennpunkt Lateinamerika, 21). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-443930>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 21

15. November 2001

ISSN 1437-6091

Der Wahlsieg von Enrique Bolaños in Nikaragua: *Continuismo* statt „Rückkehr zur Revolution“

Peter Peetz

(in Zusammenarbeit mit Robert Schuller)

Enrique Bolaños vom Partido Liberal Constitucionalista (PLC), ehemals Vizepräsident der Regierung von Arnoldo Alemán, hat mit weitem Vorsprung vor dem sandinistischen Ex-Präsidenten Daniel Ortega die nikaraguanischen Präsidentschaftswahlen am 4. November gewonnen. In den Parlamentswahlen hat der PLC die absolute Mehrheit erreicht. Die von den Liberalen im Wahlkampf geschürte Angst vor einem Rückfall in die Politik der 80er Jahre hat offensichtlich die Mehrheit der Wähler abgeschreckt, dem FSLN (Frente Sandinista de la Liberación Nacional) nach elf Jahren in der Opposition wieder die Regierungsverantwortung zu übertragen. Ein radikaler Politikwechsel oder gar die befürchtete „Rückkehr der Revolution“ wäre auch nach einem Sieg Ortegas unwahrscheinlich gewesen. Nikaragua hängt zu sehr am Tropf der internationalen Gebergemeinschaft, als dass wirtschafts- oder außenpolitische Experimente überhaupt möglich gewesen wären. Außerdem haben der Sandinistenführer und große Teile des FSLN im letzten Jahrzehnt eine beachtliche Wandlung vollzogen: Sie sind längst nicht mehr die marxistisch geprägten Sozialrevolutionäre der Vergangenheit, sondern lassen sich eher als Vertreter einer Sozialdemokratie linkspopulistischer Färbung beschreiben. Mit Bolaños, der im Wahlkampf ausdrücklich Kontinuität versprochen hat, sind substantielle Veränderungen erst recht unwahrscheinlich. Diese wären aber dringend nötig. Denn politisch (v.a. was die Qualität der Demokratie betrifft) und wirtschaftlich pendelt das Land zwischen Rückschlägen und Stagnation. Die soziale Lage ist katastrophal.

Der Oberste Wahlrat (*Consejo Supremo Electoral*, CSE) hat das amtliche Endergebnis noch nicht veröffentlicht. Nach derzeitigem Stand (99,48% der Stimmen ausgewertet) stellen sich die Resultate wie folgt dar:

Enrique Bolaños siegte mit 14% Vorsprung vor Daniel Ortega. Weit abgeschlagen dahinter, wie erwartet, der Kandidat der Konservativen Partei (*Partido Conservador*, PC) Alberto Sabo-

rió. Ortega hat seine Niederlage eingestanden und eine konsequente Oppositionspolitik angekündigt. Ob er bei den nächsten Wahlen 2006 wieder antritt, lässt er bislang offen. Was die regionale Verteilung der Stimmen betrifft, kam es zu keinen besonderen Überraschungen. Sowohl FSLN als auch PLC konnten ihre traditionellen Hochburgen halten. So entschied sich im Departement und in der Stadt León die Mehrzahl der Wähler

für Ortega (PLC 47%, FSLN 51%). In Granada und Matagalpa dagegen triumphierte Bolaños über seinen Hauptkonkurrenten mit weit mehr Vorsprung als den durchschnittlichen 14%, nämlich mit rund 18%. In Managua machten die Liberalen ihre Wahlschlappe vom vergangenen November (Bürgermeister wurde damals Herty Lewites vom FSLN) wieder wett und gewannen mit ca. 9,5% Vorsprung.

Tabelle 1: Präsidentschaftswahl
(in Prozent aller gültigen Stimmen)

Kandidat	%
Enrique Bolaños (PLC)	56,31
Daniel Ortega (FSLN)	42,28
Alberto Saborío (PC)	1,41

Quelle: Consejo Supremo Electoral, www.cse.gob.ni

Bei den Wahlen zum Parlament (*Asamblea Nacional*) schnitt der PC nicht ganz so schlecht ab. Dort konnten die Konservativen fast 5% der gültigen Stimmen auf sich vereinen.¹ Offensichtlich haben einige Wähler, um die Wahl Ortegas effektiv verhindern zu können, ihre Stimme Bolaños gegeben und im Parlament auf die Konservativen gesetzt, um die Dominanz der beiden Großparteien zu reduzieren.

Tabelle 2: Wahlen zur Asamblea Nacional*

	Anzahl der Sitze
PLC	52**
FSLN	38
PC	2
Insgesamt	92**

Quelle: „El Nuevo Diario“, 9.11.2001

* Sollten sich die vom FSLN vorgebrachten Vorwürfe wegen Wahlfälschung (vgl. Fußnote 10) in allen umstrittenen Wahlbezirken bestätigen, kommt der PLC auf 49, und der FSLN auf 41 Mandate.

** inklusive des laut Verfassung garantierten lebenslangen Sitzes für Arnoldo Alemán

Gleichzeitig mit den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen wurden auch die nikaraguanischen Abgeordneten für das zentralamerikanische Parlament (*Parlamento Centroamericano*, PARLACEN) neu bestimmt. Die Verteilung der 20 Sitze fiel prozentual in etwa so aus wie die Wahl zum nationalen Parlament (PLC 53,40%, FSLN 42,11% und PC 4,49% (Sitzverteilung, siehe Tabelle 3).

¹ Durch das Wahlrecht, das eine Mischung aus Verhältnis- und Mehrheitswahl vorsieht, stellt der PC trotzdem nur 2 Abgeordnete (ca. 2,17% der Parlamentarier).

Tabelle 3: Wahl zum PARLACEN*

	Anzahl der Sitze
PLC	11
FSLN	8
PC	1

Quelle: „El Nuevo Diario“, 9.11.2001

* Nikaragua stellt 20 der insgesamt 130 Abgeordneten.

Positiv überraschte die in- und ausländischen Beobachter die hohe Wahlbeteiligung von ca. 92%. Bei den Kommunalwahlen im November letzten Jahres belief sie sich nur auf rund 60%. In einer Provinz, der RAAN (*Región Autónoma Atlántico Norte*), blieben damals sogar gute 80% der Wähler den Urnen fern, da die nicht zur Wahl zugelassene *Indígena*-Partei *Yatama* zum Wahlboykott aufgerufen hatte. Bei den letzten nationalen Wahlen (1996) lag die Beteiligung mit ca. 77% ebenfalls recht niedrig. Es waren schon Tendenzen politischer Apathie und Desinteresse an der Demokratie vermutet worden. Bei der aktuellen Wahl hat das prognostizierte Kopf-an-Kopf-Rennen und die Panikmache beider Hauptkandidaten vor einem Wahlsieg des anderen dem offensichtlich entgegengewirkt. Leider scheint die hohe Wahlbeteiligung also kein Zeichen für die Festigung einer demokratischen *civic culture* und damit für die innere Konsolidierung der nikaraguanischen Demokratie zu sein.

Die „paktierte“ Demokratie

In den letzten drei Jahren war die Politik von dem sogenannten „Pakt“ zwischen Liberalen und Sandinisten geprägt. PLC und FSLN hatten im Frühjahr und Sommer 1999 über Verfassungsänderungen verhandelt, die sowohl die Regierbarkeit als auch die Demokratie hätten stärken sollen. Es zeigte sich aber, dass der Pakt in erster Linie zur Festigung und Sicherung der Macht der beiden Parteien und ihrer Führer diente. Die Oppositionspartei FSLN zahlte dafür mit einem Verlust an Glaubwürdigkeit. Im „Pakt“ mit den Liberalen nahm man der sandinistischen Führungsriege kaum noch ab, eine wirkliche Opposition zu sein. Weder die wenigen „Pakt“-Kritiker unter den Sandinisten (z.B. der ehemalige Vizepräsident Sergio Ramírez) noch die kleinen und untereinander zerstrittenen „Nicht-Pakt-Parteien“ (PC, MUC, CCN usw.)² schafften es aber, den FSLN in seiner Oppositionsfunktion effektiv zu ersetzen.

² MUC – *Movimiento Unidad Cristiana* (Bewegung Christliche Einheit); CCN – *Camino Cristiano Nicaragüense* (Christlicher Weg Nikaraguas)

Die „paktierten“ **Verfassungsänderungen** traten im Januar 2000 in Kraft. Sie brachten keine Verbesserungen, welche die Korruption erschwert, die demokratische Partizipation gefördert oder Bürokratie und Zentralismus abgebaut hätten. Statt dessen stärkten sie die Stellung der beiden großen Parteien im politischen System Nikaraguas. Man kann – in Anlehnung an die konsensorientierte Herrschaft der beiden größten Parteien in Venezuela von 1958 bis 1993 – von der Errichtung einer *partidocracia* sprechen. Schon vorher politisch beeinflusste Institutionen, die eigentlich unabhängig sein sollten, verloren den letzten Rest an Autonomie: Die Führungsgremien des Obersten Gerichtshofs (*Corte Suprema de Justicia*, CSJ), des Obersten Wahlrats und des Rechnungshofs (*Contraloría General*) wurden umstrukturiert und ihre Besetzung dem Parlament übertragen. Da dort (auch nach den Wahlen vom 4. November) PLC und FSLN mit Abstand die größten Fraktionen stellen, konnten sämtliche Führungspositionen der genannten Organe zwischen Liberalen und Sandinisten aufgeteilt werden.

Die Folgen dieser *partidocracia*-Tendenzen sah man zuletzt bei den **Kommunalwahlen** vor einem Jahr. Der CSE – bestehend aus jeweils drei FSLN- und PLC-Mitgliedern und einem "Unabhängigen", der vom PLC-freundlichen Kardinal Obando y Bravo bestimmt worden war – schloss fünf kleinere Parteien unter Vorwänden von den Wahlen aus. In vielen Kommunen standen schließlich nur noch FSLN- und PLC-Kandidaten zur Wahl. MUC, MRS, ALCON, MSL und PLN³ hatten zwar wesentlich mehr als die nötigen Unterschriften von 73.000 Wahlberechtigten beim CSE eingereicht, aber dieser erklärte die Mehrzahl der Unterschriften kurzerhand für ungültig. Darüber hinaus wurde ein aussichtsreicher Bürgermeisterkandidat für Managua, Pedro Solórzano (PC), nicht zugelassen, weil er bei der Anmeldung angeblich seine Wohnadresse nicht korrekt angegeben hatte.

Für Präsident Alemán sprang bei den „Pakt“-Verhandlungen noch ein besonderes Bonbon heraus. Aus dem Amt scheidenden Staatsoberhäuptern steht jetzt **ein Sitz im Parlament auf Lebenszeit** zu. Dadurch ist Alemán auch nach der Amtsübergabe an Bolaños (am 10. Januar 2002) einstweilen vor strafrechtlicher Verfolgung geschützt. Diese hätte ihm aufgrund von Korrupti-

onsvorwürfen bevorgestanden. Seine präsidentielle Immunität geht jetzt nahtlos in eine (lebenslange) parlamentarische über. In den Tagen nach der Wahl berichtete die nikaraguanische Presse sogar, Alemán plane, sich zum Parlamentspräsidenten wählen zu lassen. Damit ergäbe sich eine Situation, die an guatemaltekische Verhältnisse erinnert. Dort sitzt der ehemalige Diktator Efraín Ríos Montt, gewählt von der Regierungsfraktion, dem Parlament vor. Vor den nikaraguanischen Wahlen, als ein Sieg Ortegas noch wahrscheinlich war, deutete einiges darauf hin, dass Alemán sich nicht auf den Schutz durch die (letztlich aufhebbare) Immunität verlassen wollte. Schon Monate vor dem 4. November hatte er begonnen, einen Teil seiner mannigfaltigen Besitzungen zu veräußern. Dies hätte ihm die Flucht ins Ausland erleichtert.

Eine weitere Verfassungsänderung betraf das **Wahlverfahren** und hätte somit von großer Bedeutung für die kürzlich abgehaltenen Wahlen werden können. Wenn der meistgewählte Präsidentschaftskandidat über fünf Prozent vor seinem stärksten Konkurrenten liegt, muss keine Stichwahl abgehalten werden; es sei denn der Spitzenreiter liegt bei unter 35% der gültigen Stimmen. Bei weniger als fünf Prozent Abstand musste der Gewinner nach der alten Version der Verfassung auf mindestens 45% kommen. Diese Zahl ist jetzt auf 40% gesenkt worden. Gerade bei Kopf-an-Kopf-Rennen, wie sie das Vorhandensein von zwei extrem dominanten Parteien wahrscheinlich macht, tritt dieser Fall (weniger als fünf Prozent Abstand) ein. FSLN und PLC minderten mit dieser Verfassungsänderung also die Wahrscheinlichkeit, den Staatshaushalt mit einer Stichwahl zu belasten. Sich selbst ersparten sie von vornherein das lästige Betteln nach Unterstützung der ausgeschiedenen Partei(en) zwischen den Wahlgängen.

Die Wirtschaftslage: Hoffnungsanker Schuldenerlass

Die wirtschaftliche Situation des Landes ist trotz der neoliberalen Ausrichtung der aus dem Amt scheidenden Regierung so prekär wie lange nicht mehr. Der nach dem Ende des Bürgerkrieges nur schleppend einsetzende Aufwärtstrend fand mit Hurrikan „Mitch“ (Herbst 1998) sein jähes Ende. Die relativ guten Zahlen von 2000 – z.B. das Wachstum von 5,5% – lassen sich mit der allmählichen Rückkehr zum Vor-„Mitch“-Standard erklären und v.a. durch die wirtschaftliche Tätigkeit, die unter massivem Einsatz internationaler Hilfsgelder vom Wiederaufbau ausging. Schon für das Jahr 2001 geht eine optimistische Progno-

³ MRS – *Movimiento de Renovación Sandinista* (Bewegung Sandinistische Erneuerung); ALCON – *Alianza Conservadora* (Konservative Allianz); MSL – *Movimiento de Salvación Liberal* (Bewegung der Liberalen Rettung); PLN – *Partido Liberal Nacionalista* (Liberal-Nationalistische Partei).

se nur noch von 3,8% Wachstum aus (Schätzung der Dresdner Bank Lateinamerika), obwohl der Wiederaufbau noch längst nicht abgeschlossen ist und viele „Mitch“-bezogene Zuwendungen immer noch fließen.

Eine nachhaltige Verbesserung der Wirtschaftslage wird besonders vom **schlechten Investitionsklima** verhindert. Aus- und inländische Investoren werden von den immer noch unklaren Besitzverhältnissen abgeschreckt. Dies betrifft in erster Linie Landbesitz, der unter der Revolutionsregierung enteignet worden war. Ein weiteres Investitionshemmnis ist die hohe Steuerrate in Nicaragua, laut Unternehmerverband COSEP (*Consejo Superior de la Empresa Privada*) die höchste im zentralamerikanischen Vergleich. Auch die immer neuen Korruptionsskandale, der anhaltende „Stille Krieg“ (Rogers) v.a. im Nordosten⁴ und die hohe Rate gewöhnlicher Kriminalität und „Alltagsgewalt“ schaffen nicht gerade ein einladendes Klima für ausländisches Kapital.

Den Staatshaushalt Nicaraguas belastet die für das kleine Land horrenden Summe von ca. US\$ 6,7 Mrd. **Auslandsschuld** (IWF, www.imf.org). Hoffnung auf Erleichterung machten zahlreiche Schuldenerlasse von Gläubigerstaaten insbesondere nach Hurrikan „Mitch“. Z.B. erließen noch im November 1998 Kuba, Frankreich und Österreich Nicaragua seine Schulden (US\$ 50 Mio., 63 Mio. und 42 Mio.). Zuletzt einigte sich der G-8-Gipfel von Genua auf einen Erlass von rund US\$ 500 Mio. Das Hauptaugenmerk der nikaraguanischen Regierung (der amtierenden und sicher auch der zukünftigen) richtet sich jedoch auf die breit angelegte Entschuldungsinitiative von IWF und Weltbank für „hochverschuldete arme Länder“ (HIPC's: *Heavily Indebted Poor Countries*). Für Nicaragua ist eine Schuldenreduzierung von 72%, also um ca. US\$ 4,5 Mrd. vorgesehen. Die Erwartungen, die die Bevölkerung Nicaraguas an das HIPC-Programm knüpft, sind hoch. Denn IWF und Weltbank fordern von den Teilnehmerstaaten nicht nur Austeritätspolitik und Struktur-anpassung ein, sondern erstmals auch eine schlüssige Strategie zur Armutsbekämpfung.

Neben der Rechtsunsicherheit und der Verschuldungsproblematik waren in letzter Zeit die fortgesetzte **Krise des Banksektors** und die stockenden Privatisierungsbemühungen v.a. im Te-

lekkommunikationssektor die beherrschenden Themen. Zwischen August 2000 und Juli 2001 mussten drei bedeutende Banken (Interbank, Bancafé und Banic) Konkurs anmelden, und die Zentralbank (*Banco Central de Nicaragua*, BCN) übernahm jeweils die Verpflichtungen gegenüber den Kontoinhabern.

Die Teilprivatisierung der **Telefongesellschaft ENITEL** (*Empresa Nicaragüense de Telecomunicaciones*) ist seit 1996 dreimal gescheitert, weil sich kein Käufer für die angebotenen 40% der Aktien finden ließ. Erst im August 2001 gelang der Verkauf an ein Konsortium, an dem der schwedische Konzern *Telia Swedtel* und die honduranische *Empresa de Mantenimiento, Construcción y Electricidad* (EMCE) beteiligt sind. Die Sandinisten, allen voran Managuas populärer FSLN-Bürgermeister Herty Lewites, hatten von Anfang an juristische und politische Einwände gegen die Privatisierung. Laut Lewites hat ENITEL bei der Stadt Managua noch rund US\$ 30 Mio. Steuerschulden. Diese waren beim Aushandeln der Verkaufsbedingungen nicht beachtet worden, da sich das (noch) staatliche Telekommunikationsunternehmen bis heute weigert, die Steuerverpflichtungen anzuerkennen. Im Marsch durch die gerichtlichen Instanzen wurde der ENITEL-Verkauf abwechselnd (einstweilig) verboten und genehmigt, eine endgültig Entscheidung steht noch aus. Politisch ist die Transaktion umstritten, weil Experten den Wert der ENITEL-Anteile für weit höher halten als die bei der Veräußerung erzielten US\$ 83,2 Mio. Damit in Zusammenhang könnte die persönliche Verwicklung Präsident Alemáns in den Fall stehen. Ihm wird vorgeworfen, über Mittelsmänner an der honduranischen EMCE und damit am Käuferkonsortium beteiligt zu sein, wodurch der Unter-Preis-Verkauf zu seinem direkten Vorteil wäre. Die Verkaufsverhandlungen erleichtert hat da sicherlich, dass Alemáns Bruder Agustín in der Geschäftsleitung von ENITEL sitzt. Grundsätzlich ist der Zufluss privaten Kapitals in den nikaraguanischen Telekommunikationssektor höchst wünschenswert: ENITEL schneidet im Vergleich mit ähnlichen Unternehmen in Zentralamerika am schlechtesten ab. Die rund 150.000 Telefonanschlüsse im Land decken gerade drei Prozent der Haushalte ab. Allein in Managua warten über 100.000 Kunden auf die Installation eines Anschlusses (Caribbean & Central American Report 2001). Wahlbelastete eine moderate **Kapitalflucht** die wirtschaftliche Situation. Sie hatte Anfang des Jahres eingesetzt, als Ortega in Umfragen vorne lag. Die Tageszeitung „La Prensa“

⁴ In seinem Artikel „*Silent War in Nicaragua*“ (NACLA Report on the Americas, 2001/4) beschreibt Tim Rogers wie sich immer neue Kleingruppen umhermarodierender Ex-Bürgerkriegskämpfer wiederbewaffnen. Sie bedrohen die Polizei, das Militär und die Zivilbevölkerung und nehmen am internationalen Drogen- und Waffenhandel teil, u.a. in Verbindung mit kolumbianischen Guerillas. Seit dem Ende des Bürgerkriegs sind dem „Stillen Krieg“ über 2.000 Menschen zum Opfer gefallen.

(1.10.2001) berichtet von einem Rückgang der Beträge auf Dollar-Konten um 4,36%. Dieser Wert liege allerdings nur geringfügig über dem üblichen Rückgang vor Wahlen. Auch die meisten wohlhabenden Nikaraguaner glaubten also nicht, dass ein Wahlsieg der Sandinisten eine Rückkehr zur Politik der 80er Jahre bedeuten würde.

Neben den Wahlen wirkten sich auch die **Ereignisse vom 11. September** ungünstig auf die Wirtschaft Nikaraguas aus. Insbesondere die auf den Export in die USA ausgerichtete *maquila*-Industrie in den zoll- und steuerbefreiten *Zonas Francas* kam zeitweilig in Schwierigkeiten. Einerseits sank im Zuge der allgemeinen wirtschaftlichen Unsicherheit die Nachfrage in den USA, andererseits stiegen wegen der Sicherheitskontrollen an Grenzübergängen die Kosten für den Transport. In einzelnen Betrieben kam es zu massiven Entlassungen. Die Jeans-Fabrik PRE-SITEX z.B. entließ gleich die Hälfte aller Arbeiter.

Der Sprecher der *Corporación de Zonas Francas*, Gilberto Wong, warnte in „La Prensa“ vom 1.10.2001 sogar vor einem Verlust von bis zu 40.000 Arbeitsplätzen. Mit diesem Horrorszenario (die von Wong genannte Zahl entspricht in etwa der Gesamtzahl der Beschäftigten in der nikaraguanschen *maquila*) will der Verband zweifellos Forderungen nach höheren Löhnen und einem arbeitnehmerfreundlicheren Arbeitsrecht entgegenreten. Dass sich die Terrorakte auf die lateinamerikanischen Wirtschaften (leicht) negativ auswirken ist grundsätzlich richtig (vgl.: Brennpunkt 19-2001). Speziell für den zentralamerikanischen Lohnveredelungssektor besteht andererseits eine kleine Chance auf eine Verbesserung der Auftragslage und des Investitionsklimas. Denn sollte der Krieg gegen die Taliban zu einer weiträumigen Destabilisierung im asiatischen Raum führen, so könnte das die zentralamerikanischen *maquila*-Betriebe gegenüber ihrer asiatischen Konkurrenz stärken.

Tabelle 4: Sozioökonomische Indikatoren im Langzeitvergleich

	1980	1985	1990	1998	2000
Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu Marktpreisen (Mrd. Dollar)	0,7	1,5	1,1	2,0	2,4
Analphabetenrate in % (15 Jahre und älter)	37,4	13,0	33,5	32,1	32,9
Staatliche Ausgaben für Gesundheit (in % des BIP)	4,4	5,0	5,0	4,5	k.A.
Staatliche Ausgaben für Bildung (in % des BIP)	3,5	6,6	5,1	5,8	k.A.

Quelle: Statistische Jahrbücher für Lateinamerika und die Karibik von der CEPAL (*Comisión Económica para América Latina y el Caribe*)

Fortschreitende Verelendung

Die Entlassungen in den *Zonas Francas* leiten über zum düstersten Aspekt des Panoramas; der sozialen Lage. Das *United Nations Development Programme* (UNDP) errechnet anhand verschiedener Sozialindikatoren jährlich den *Human Development Index* (HDI). Der Wert Nikaraguas ist so niedrig, dass das Land in einer Rangfolge von 162 Staaten gerade auf Platz 106 kommt. In Lateinamerika haben nur Guatemala (Platz 107), Honduras (108) und Haiti (134) noch schlechtere Werte (www.undp.org). Aktuelle Erhebungen darüber, wie viele Nikaraguaner in Armut oder extremer Armut leben, liegen nicht vor. Aber man geht allgemein davon aus, dass um die 80% der Bevölkerung unter die gängigen Armutdefinitionen fallen. Für die zukünftige soziale und

wirtschaftliche Entwicklung des Landes besonders bedenklich ist das niedrige Bildungsniveau, das sich unter anderem in der hohen Analphabetenrate manifestiert. Nachdem die Zahl durch die Alphabetisierungskampagne der Sandinisten in den frühen 80er Jahren von 37% auf 13% gesenkt werden konnte, liegt sie heute wieder bei ca. 33% (siehe Tabelle 4).

In den letzten Jahren hat die fortschreitende Verelendung, die durch den Hurrikan „Mitch“ im Herbst 1998 nicht ausgelöst, sondern nur beschleunigt wurde, immer wieder zu (oft gewaltsamen) **Massenprotesten** geführt. So war z.B. die Erhöhung der Tarife im öffentlichen Personennahverkehr Managuas der Anlass für heftige Ausschreitungen im Mai und Juni 2001. Die Transportunternehmen hatten den Fahrpreis von zwei auf drei *córdobas* (¢) angehoben, also von

etwa 30 auf etwa 45 Pfennig. Wie schon so oft in der neueren Geschichte Lateinamerikas folgten auf die Preiserhöhungen des *transporte público* Massendemonstrationen, Straßenschlachten und anschließend der Versuch der (Stadt- und Staats-) Regierung, die Busunternehmen zur Rücknahme der Verteuerung zu bewegen.

Eine noch breitere Protestbewegung entstand, als sich die soziale Situation im Sommer diesen Jahres durch eine **Dürre** und durch den **Verfall des internationalen Kaffeepreises** zuspitzte. Das Ausbleiben des Regens traf in ganz Zentralamerika nach Schätzungen des Welternährungsprogramms (www.wfp.org) zwischen 700.000 und 1,6 Mio. Menschen. In Nicaragua war in erster Linie der Norden und Nordosten betroffen, wo in vielen Gemeinden 80 bis 100% der Ernte (v.a. Mais, Reis, Bananen, Quequisque) verloren ging. Über 100.000 Menschen sind seitdem akut von Hunger bedroht. Hinzu kam die Krise im Kaffeesektor. Im letzten Jahr erzielte nikanaraguanischer Kaffee auf dem Weltmarkt noch rund US\$ 120 pro Quintal (ca. 46 kg), im Sommer 2001 nur noch knapp US\$ 60. Ganz besonders traf der Preisverfall die Klein- und Kleinstbetriebe, die in Nicaragua einen hohen Anteil der Kaffeeproduktion ausmachen. Die spanische Tageszeitung „El País“ meldete am 29.8.2001, dass 30.000 solcher Unternehmen Konkurs anmelden und ihre Arbeiter entlassen mussten.

Die arbeitslosen Landarbeiter blockierten wichtige Landstraßen, um die Regierung auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Auch die von der Dürre Betroffenen forderten mit Nachdruck Hilfe aus der Hauptstadt. Sie organisierten einen Marsch aus ihren Provinzen nach Managua, wo viele von ihnen sich mit Zelten oder ähnlichen Notbehausungen in Parks niederließen. Im *Parque Luis Alfonso Velásquez* beispielsweise befanden sich Mitte Oktober noch etwa 500 Einwohner der Provinzen Matagalpa und Jinotega und organisierten Demonstrationen zum Präsidentenpalast, Mahnwachen und ähnliche Protestaktionen.

Um den Hungernden und den ehemaligen Kaffeearbeitern zu helfen, hat die Interamerikanische Entwicklungsbank (*Banco Interamericano de Desarrollo*, BID) am 31. August ein Soforthilfeprogramm über US\$ 6 Mio. gestartet. Die Regierung Alemán versucht, mit einem Programm namens „**Lebensmittel für Arbeit**“ („*Alimentos por Trabajo*“) die Gemüter zu beruhigen. Dabei handelt es sich um eine Art Arbeitsbeschaffungsmaßnahme. Für Lebensmittel im Wert von ¢ 31 (ca. US\$ 2,30) pro Tag und Person verrichten die Landarbeiter einfache und dem Gemein-

wohl dienliche Arbeiten (z.B. Instandsetzung von Straßen). Das Welternährungsprogramm und USAID tragen den größten Teil der Kosten. Ca. 40.000 Familien sollen bislang davon profitiert haben (<http://www.usaid.org.ni/proyectos.htm>). Eine nachhaltige Verbesserung der sozialen Lage kann (und soll) damit allerdings nicht erreicht werden, geht es doch zunächst um das Abwenden der akuten Hungersnot. In mittelfristiger Perspektive jedoch gilt es, sozial- und wirtschaftspolitisch derartigen humanitären Notsituationen vorzubeugen, eine der dringendsten Aufgaben der neuen Regierung.

Hochkonjunktur der Wahlprognosen

Wer die neue Regierung stellen würde, war bis zuletzt völlig unklar. Lag Ortega in frühen Umfragen noch klar in Führung (im Mai z.B. bestand ein Abstand von ca. 6% zu Bolaños), so reduzierte sich sein Vorsprung bis kurz vor den Wahlen zusehends. Im Vorwahlmonat Oktober veröffentlichte die nikanaraguanische Presse dann so gut wie jede Woche neue Umfrageergebnisse, in denen abwechselnd der FSLN- und der PLC-Kandidat so knapp führte (höchstens um 3%), dass die Meinungsforscher auch von einem „technischen Unentschieden“ („*empate técnico*“) sprachen. Dabei war kaum zu übersehen, dass die regierungsfreundliche Tageszeitung „La Prensa“ stets die Umfragedaten publizierte, die Bolaños vorne sahen, und das eher oppositionelle Blatt „El Nuevo Diario“ kurz darauf wieder mit gegenteiligen Ergebnissen aufwartete.

Einig waren sich die Medien hingegen über die Chancen des dritten Kandidaten. Die Umfragewerte von Alberto Saborío (PC) oszillierten zwischen 2 und 4%. Bis zum Frühsommer hatten die Konservativen noch erheblich bessere Aussichten. Die Präsidentschaft zu gewinnen, war zwar von Anfang an unwahrscheinlich. Aber man konnte immerhin hoffen, sich als starke dritte Kraft und als Gegengewicht zu den beiden dominanten („Pakt“-)Parteien etablieren zu können. Noch im Juni prognostizierte die Meinungsforschungsfirma *Cid-Gallup* für den PC einen Anteil von 17% der Wählerstimmen (www.cidgallup.com).

Die vorprogrammierte Niederlage des *Partido Conservador*

Allerdings hieß der konservative Präsidentschaftskandidat zu jenem Zeitpunkt noch Noel Vidaurre, und genau das war die Stärke des PC. Denn Vidaurre war zuvor langjähriger Vorsitzender des PC und ist ein in Nicaragua sehr promi-

nerer Politiker. Saborío hingegen war vor seiner Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten weitgehend unbekannt und schaffte es während des Wahlkampfes nicht, dies zu ändern – in der personalistisch geprägten politischen Kultur Lateinamerikas ein entscheidender Nachteil.

Den Verzicht Vidaurres auf die Kandidatur hat sich der PC indes selbst zuzuschreiben. Um seine Chancen zu erhöhen, hatte Vidaurre ein Bündnis mit kleinen Parteien angestrebt, die gemäß dem „paktierten“ Wahlgesetz nicht zu den Wahlen zugelassen waren. Die Allianzen mit MUN, MRS und einzelnen Persönlichkeiten aus dem Bereich der Zivilgesellschaft waren schon geschmiedet. Doch bald zeigte sich, wie wenig man innerhalb des PC bereit war, mit den neuen Partnern nicht nur die Arbeit, sondern auch den Erfolg zu teilen. V.a. die „alte Garde“ der Parteifunktionäre weigerte sich, aussichtsreiche Listenplätze für die Parlamentswahl an die Verbündeten abzugeben. Enttäuscht vom Egoismus seiner Mitstreiter trat Vidaurre am 17. Juli von seiner Präsidentschaftskandidatur zurück.⁵

Nachdem der PC einen Monat zuvor schon gezwungen worden war, auf den vielversprechenden Kandidaten für die Vizepräsidentschaft, José Antonio Alvarado, zu verzichten, war die Chancenlosigkeit der Partei damit besiegelt. Der von PLC und FSLN dominierte Oberste Wahlrat hatte Alvarado von den Wahlen ausgeschlossen. Im Mai 2000, als er noch als PC-Spitzenkandidat im Gespräch war, hatte der damalige Innenminister, René Herrera Zúñiga, Alvarado die nikaraguanische Staatsbürgerschaft aberkannt. Angeblich hatte der Konservative seine US-Staatsbürgerschaft, die er während des Exils in den 80er Jahren angenommen hatte, nicht rechtzeitig abgegeben. Dieser Logik folgend entzog der *Consejo Supremo Electoral* Alvarado am 18. Juni 2001 das passive Wahlrecht, das nur nikaraguanischen Staatsbürgern zukommt. Vizepräsidentschaftskandidat wurde daraufhin zunächst Carlos Tunnerman. Er hat einen relativ hohen Bekanntheitsgrad, weil er von 1979 bis 1990 die sandinistische Regierung als Botschafter in den USA vertrat. Nach Tunnermans Rücktritt (gleichzeitig mit Vidaurre und aus den gleichen Gründen) übernahm die Kandidatur Consuelo Sequeira, die kaum gegen das Image ankam, nur dritte Wahl zu sein.

⁵ Möglicherweise spielte beim Rücktritt Vidaurres auch direkter Druck aus den USA eine Rolle. Angeblich soll ein US-Abgesandter ihn zum Verzicht auf die Kandidatur gedrängt haben, um eine einheitliche Front der FSLN-Gegner unter der Führung von Bolaños zu sichern und den ansonsten wahrscheinlichen Wahlsieg Ortegas zu verhindern (vgl. z.B.: „Die Tageszeitung“, 7.11.2001).

Der PC stimmt hinsichtlich seiner Programmatik und der soziokulturellen Charakteristika seiner Wählerschaft eher mit dem PLC überein als mit dem FSLN. Daher profitierte Bolaños von dem Rücktritt Vidaurres und Tunnermans etwas stärker als Ortega. Dementsprechend büßte letzterer seinen zuvor eindeutigen Vorsprung nach dem Kandidatenwechsel der Konservativen ein.

Von Wunschkandidaten...

Liberalen und Sandinisten blieben derartige Personalprobleme erspart. Bolaños, der seit Beginn der Regierung Alemán Vizepräsident Nikaraguas war, trat bereits im Oktober 2000 von diesem Amt zurück, um seine Kandidatur vorzubereiten. Erwartungsgemäß wählte ihn der PLC-Parteitag am 28. Januar 2001 einstimmig zum Präsidentschaftskandidaten. Mit der Wahl verbunden war die Entscheidung für José Rizo als Anwärter auf die Vizepräsidentschaft. Er war bis dahin Vorsitzender des PLC.

Der FSLN führte im Januar 2001 Vorwahlen zur Bestimmung des Präsidentschaftskandidaten unter seinen Mitgliedern durch. Ortega setzte sich mit 72% der Stimmen gegen zwei andere Anwärter durch (Víctor Hugo Tinoco und Alejandro Martínez Cuenca), die dem Ortega-Flügel innerhalb des FSLN allerdings Wahlfälschung vorwarfen. Davon unbeeindruckt ließ sich der Ex-Präsident im Februar von einem Parteitag als Spitzenkandidat offiziell bestätigen.

Kandidat für die Vizepräsidentschaft wurde wenig später Agustín Jarquín. Er war vor zwei Jahren als unerschrockener Korruptionsbekämpfer – und insofern als natürlicher Feind von Präsident Alemán – bekannt geworden. Damals hatte er das Amt des Obersten Rechnungsprüfers inne. Seine Nachforschungen über das „wundersame“ Anwachsen von Alemáns Privatvermögen und seine offene Kritik am liberal-sandinistischen „Pakt“ brachten ihm sogar einige Wochen Gefängnis ein. Die offizielle Begründung für die Verhaftung waren fadenscheinige Korruptionsvorwürfe, die Alemán seinerseits gegen Jarquín vorgebracht hatte. Doch sein Kampf gegen den „Pakt“ glich dem gegen die sprichwörtlichen Windmühlen, von denen er dann selbst erschlagen wurde: Im Zuge der „paktierten“ Verfassungsänderungen wurde der Posten des Obersten Rechnungsprüfers abgeschafft. Das Amt wurde auf ein fünfköpfiges Kollegium (*colegiado*) aufgeteilt, welches per Parlamentsbeschluss, d.h. nach Parteizugehörigkeit, ausgewählt wird. Nach der Besetzung durch FSLN- und PLC-Mitglieder stellte die Behörde die Untersuchungen gegen Alemán ein. Auf den ersten Blick erstaunt es da-

her, dass sich Jarquín und seine Partei USC (*Unión Social Cristiana*) mit der „Pakt“-Partei FSLN auf ein Wahlbündnis eingelassen haben. Sicher hat Jarquín auch nicht vergessen, dass er während der 80er Jahre wegen seiner oppositionellen Haltung mehrmals von den Sandinisten inhaftiert worden war. Aber letztlich war Ortega dann doch das kleinere Übel. Von vornherein ausgeschlossen war die Option, über Bolaños indirekt mit Erzfeind Alemán zusammenzuarbeiten. Ebenso unattraktiv erschien es, entweder als eigenständige (und nicht zur Wahl zugelassene) Kleinpartei oder im Bund mit dem aussichtslosen PC in der politischen Bedeutungslosigkeit unterzugehen.

...und Zwangsalianzen

Es gab noch weitere überraschende Allianzen. Durch das restriktive Wahlgesetz waren unzählige Klein-, Kleinst- und Splitterparteien ebenso wie prominente Unabhängige gezwungen, sich entweder zwischen „Pest und Cholera“ zu entscheiden oder gleich aufzugeben. Die meisten optierten für Ersteres und traten in die Wahlbündnisse einer der beiden Großparteien ein. Dafür wurden sie mit Listenplätzen für die Parlamentswahlen oder der Aussicht auf Regierungsposten belohnt. Die Sandinisten gaben ihrer Allianz den Namen *Convergencia Nacional* (CN). Diese Benennung, ebenso pathetisch wie inhaltsleer, ist symptomatisch für Ortegas Politik der letzten Jahre. Mit der revolutionären Rhetorik hat der Sandinistenführer auch die meisten politischen Prinzipien über Bord geworfen, so dass sich nun auch die einst größten Feinde des FSLN mit ihm identifizieren (oder zumindest einigen) können. Miriam Argüello beispielsweise, ähnlich wie Ex-Rechnungsprüfer Jarquín von der Revolutionsregierung wegen oppositioneller Umtriebe ins Gefängnis geworfen, trat mit ihrer Partei APC (*Alianza Popular Conservadora*) der *Convergencia* bei. Daneben reihten sich die sandinistischen Dissidenten vom MRS sowie die selbsternannte „Bewegung“ *Arriba Nicaragua* des Neopopulisten Alvaro Robelo in das Bündnis ein. Ohne größere Berührungängste mit der „Pakt“-Partei FSLN nahm auch die ursprünglich als „Pakt“-Opposition entstandene Partei MUC, an der Allianz teil. Ihre Mitglieder entstammen hauptsächlich dem Umfeld christlich-protestantischer Kirchen. Und selbst Teile der PRN (*Partido de la Resistencia Nicaragüense*), eine in sich zersplitterte Partei von Ex-*Contra*-Kämpfern, gesellten

sich in der *Convergencia Nacional* zu den einst auf den Tod gehassten Sandinisten.⁶

Das Spektrum der Parteien, die sich für eine Allianz mit den Liberalen entschieden, ist ähnlich heterogen. Es finden sich rechts-konservative ebenso wie sozialdemokratische und christlich-religiöse Parteien. Mit dem PLC verbündeten sich:

- das Kleinparteien-Bündnis MDN (*Movimiento Democrático Nicaragüense*), das sich zu den Kommunalwahlen des letzten Jahres gebildet hatte und dem der liberal-sandinistisch dominierte Oberste Wahlrat dann die Teilnahme verbot,
- die noch vorhandenen Reste der *Unión Nacional Opositora* (UNO), einem Mitte-Rechts-Bündnis, für das 1990 Violeta Chamorro die Wahlen gewann,
- die ANC (*Acción Nacional Conservadora*),
- der PAN (*Partido de Acción Nacional*),
- der PSD (*Partido Social Demócrata*),
- der PSN (*Partido Socialista de Nicaragua*),
- die UDC (*Unidad Demócrata Cristiana*),
- ein großer Teil des zerstrittenen PSC (*Partido Social Cristiano*) und
- die Partei des „Christlichen Weges“ CCN.

Die Allianz, die den konservativen Kandidaten Alberto Saborío unterstützte, bestand nach den oben beschriebenen Ränken nur noch aus dem PC und den PLC-Abspaltungen PLI (*Partido Liberal Independiente*) und PLD (*Partido Liberal Democrático*).

Hilfe von „oben“ für Bolaños, Uneinigkeit im Lager der Linken

Bolaños war im Wahlkampf aber keineswegs nur auf die Unterstützung der meist unbedeutenden Parteien seines Wahlbündnisses angewiesen. Dass der einflussreiche und bekanntermaßen rechts-konservativ eingestellte Erzbischof von Managua, Kardinal Miguel Obando y Bravo, seine Sympathie für den liberalen Kandidaten nicht verbergen würde, war keine Überraschung. Obando y Bravo predigte wiederholt, es sei die Pflicht eines jeden Christen, neben den inhaltlichen Aussagen auch die politische Vergangenheit der Kontrahenten zu berücksichtigen. Ebenso wenig dürfe das Verhalten der Präsidentschafts-

⁶ Der PRN hatte zunächst eine Allianz mit den Liberalen geschlossen. Im Juli entbrannte ein Streit zwischen den beiden Parteien um die Belegung der Listenplätze, in dessen Verlauf PRN-Anhänger u.a. Parteibüros des PLC besetzten. Als sich zeigte, dass die Liberalen sich diesem Druck nicht beugen würden, verbündete sich ein Teil der *Resistencia* mit den Sandinisten.

anwärter im privaten Bereich vergessen werden. Unmissverständlich hätte er seine Ablehnung gegenüber Ortega kaum ausdrücken können. Der Ex-Präsident wird von seiner Adoptivtochter Zolamérica Narváez beschuldigt, sie seit ihrem elften Lebensjahr fortgesetzt vergewaltigt zu haben. Die Soziologin, heute Direktorin eines sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums in Managua (*Centro de Estudios Internacionales*), ist eine Urgroßenkelin von Augusto C. Sandino (dem Freiheitskämpfer, auf den sich die Sandinisten in ihrer Selbstbenennung beziehen).

Weitere Hilfe erhielt Bolaños aus den USA. Vom US-Botschafter in Nicaragua, Oliver Garza, ist man die wenig diplomatisch-dezente Parteinahme gegen die Sandinisten gewohnt. Er hatte vor der Wahl u.a. verkündet, die Vereinigten Staaten würden mit jeder zukünftigen Regierung zusammenarbeiten, wenn diese bereit sei, sich aktiv für die Rückgabe von enteignetem (Land-)Besitz an US-Bürger einzusetzen. Garzas oberster Dienstherr, Georg W. Bush, hatte in der bewegten Zeit seit dem 11. September Wichtigeres zu tun, als sich um seinen „Hinterhof“ Zentralamerika zu kümmern. Er überließ seinem Bruder diesen Teil der Außenpolitik. Jeb Bush, *Governor* des Bundesstaates Florida, schaltete in der Tageszeitung „La Prensa“ am 29. Oktober eine ganzseitige Anzeige, in der er völlig unverhohlen dazu aufrief, Bolaños zu wählen: „Vergangenheit und Gegenwart Daniel Ortegas zeigen deutlich, dass er die Grundprinzipien des Friedens, der Demokratie und des freien Marktes weder versteht noch akzeptiert. [...] Daniel Ortega ist ein Feind all dessen, für das die USA stehen. Darüber hinaus ist er auch ein Freund von unseren Feinden. Ortega hat eine mehr als 30-jährige Beziehung zu Staaten und Individuen, die den internationalen Terrorismus schützen und fördern. Im Gegensatz dazu ist Enrique Bolaños ein Mann, dessen Vergangenheit eine Zukunft in Freiheit verspricht.“ (Auszug)

Ortega hingegen musste auf derartige Schützenhilfe verzichten. Noch nicht einmal seine alten Kampfgenossen standen uneingeschränkt an seiner Seite. Viele ehemalige Fürsprecher der Revolution haben sich nach der politischen Metamorphose des Ex-Revolutionärs⁷ von ihm abgewendet. Mit der heutigen Version des Sandinismus, machtorientiert und durch den „Pakt“ vollends diskreditiert, möchten sie nicht identifi-

ziert werden. Gerade linke Intellektuelle und Künstler, die dem Sandinismus früher auch international viele Sympathien eingebracht haben, stehen nicht mehr zu ihrem einstigen *Comandante*. So riefen Gioconda Belli, Ernesto Cardenal, und Sergio Ramírez öffentlich zur Wahlenthaltung auf (www.sergioramirez.org.ni/varios/no%20votaremos.htm).

Wahlkampf gegen und nicht für etwas

Die Anspielung Jeb Bushs auf Ortegas Kontakte nach Libyen, Irak und Kuba fügten sich bestens in die Wahlkampfstrategie der Liberalen ein. Diese konnte angesichts der mageren wirtschafts- und sozialpolitischen Leistungen der amtierenden PLC-Regierung kaum in einem Hervorheben der eigenen Tugenden bestehen. Vielversprechender war es, bei jeder Gelegenheit die Schwächen des Gegners zu thematisieren. Ohne weiter auf die Mitverantwortung der *Contras* oder etwa der USA am Bürgerkrieg einzugehen – und natürlich ohne die Verflechtung der Liberalen mit dem Somoza-Regime zu erwähnen –, wurden Ortega und der FSLN als die alleinige Ursache aller Probleme der 80er Jahre verteufelt. Würde der Ex-Präsident nochmals gewählt, bedeute das das Ende der freien Marktwirtschaft in Nicaragua, die Rückkehr zu Zwangseinteignungen, zu Lebensmittelrationierung und der Wehrpflicht. Dass sich die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA dramatisch verschlechtern würden, und mit ausländischen Investitionen kaum noch zu rechnen sei, verstehe sich da von selbst, so die Argumentation von Bolaños.

Ortegas Hauptargument war, dass er für den Wechsel stehe, während Bolaños eine Fortführung der Politik des unbeliebten Präsidenten Alemán anstrebe. Bolaños sei als ehemaliger Vizepräsident mitverantwortlich für das Ausufer von Korruption und Kriminalität auf allen Ebenen der Gesellschaft. An den wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes sowie an der Verschlimmerung der sozialen Lage trage der PLC-Kandidat eine große Mitschuld. Auch Ortega beschränkte sich in seinem Wahlkampf also weitgehend auf Angriffe *gegen* den Konkurrenten, anstatt *für* ein bestimmtes politisches Programm zu werben. Und auch Ortega vernachlässigte dabei gewisse Details: die eigene Rolle im liberal-sandinistischen „Pakt“, die aus dem „Pakt“ resultierende Erschwerung einer effektiven Korruptionsbekämpfung (Politisierung vorher autonomer Institutionen) usw.

Dem allgemeinen Trend folgend setzten auch die Konservativen ihre Energie hauptsächlich dafür ein, die Gegner als unwählbar zu brandmar-

⁷ Seinen Artikel über den Wandel Ortegas überschreibt Peter Burghardt mit: „Das Chamäleon von Managua. Sandinistenführer Daniel Ortega hat gute Chancen auf ein politisches *come-back* – statt Karl Marx predigt er jetzt die Kraft der Liebe“ („Süddeutsche Zeitung“, 3./4. 11.2001).

ken. Sie benutzten sowohl die Angst vor einer Rückkehr zur Revolution als auch die Wechsel-Rhetorik und fügten noch ein eigenes Argument hinzu: Sollten die Wahlen extrem knapp ausgehen, oder sogar in einem Patt zwischen Ortega und Bolaños enden, dann würde es sicher zu einer Neuauflage des „Paktes“ und zu einer Art

Großen Koalition kommen. Die Zwei-Parteiherrschaft würde damit zementiert, und die Demokratie in Nicaragua würde endgültig den Machenschaften der korrupten Machtclique aus Liberalen und Sandinisten zum Opfer fallen. Daher sollte der Wähler sich für den Dritten Weg entscheiden und so die Demokratie retten.

Der neue Präsident Nikaraguas im Profil

(von Robert Schuller)

Eines zumindest steht fest: Aufgrund seines charismatischen Auftretens und seiner flammenden Reden hat der 73-jährige Enrique Bolaños die Präsidentschaftswahlen nicht gewonnen. Vielmehr kam ihm die Tatsache zugute, dass er der Kandidat des noch amtierenden Präsidenten Arnaldo Alemán, der weiterhin die dominierende Rolle in der Regierungspartei PLC spielt, war und dadurch erst die Möglichkeit erhielt, Präsidentschaftskandidat seiner Partei zu werden.

Enrique Bolaños Geyer, wie er mit vollständigem Namen heißt, wurde am 13. Mai 1928 in der Provinzstadt Massaya geboren. Der Sohn einer deutschstämmigen Mutter kommt aus einer wohlhabenden Familie, so dass er sein Ingenieurstudium an der St. Louis University in den USA absolvieren konnte. Während der Somoza-Diktatur schaffte der Vater von vier Kindern dann den Aufstieg zum Großindustriellen.

So wenig Bolaños auch mit einem begeisternden Wahlkampf gegläntzt hat, um so mehr hat er mit vollmundigen Versprechen versucht, die Wähler auf seine Seite zu ziehen. So kündigte er z.B. an, in den nächsten vier Jahren insgesamt 200.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen, einen neuen Kredit- und Investitionsfonds ins Leben zu rufen und die Landwirtschaft durch Steuersenkungen zu entlasten. Bei der Umsetzung all dieser kostspieligen Vorhaben setzte er, neben der finanziellen Unterstützung aus den USA, v.a. auf seine guten Beziehungen zum nikaraguanischen Unternehmertum. Diese stammen noch aus seiner Zeit als Präsident des Unternehmerverbandes COSEP (*Consejo Superior de la Empresa Privada*) von 1983 bis 1988. Damals wurde der studierte Ingenieur von den regierenden Sandinisten enteignet und kurzzeitig ins Gefängnis befördert. Zu dieser Zeit sympathisierte er noch mit der konservativen Partei Nikaraguas, doch nach der Ernennung zum Vizepräsidenten unter Alemán entschied er sich schließlich zum Eintritt in dessen Liberale Partei PLC.

Ob der neue Präsident seine ehrgeizigen Pläne, die er während seiner Amtszeit als Vizepräsident nicht ansatzweise zu verwirklichen versuchte, auch in die Tat umsetzen kann, bleibt allerdings mehr als fraglich. Das Land ist hochverschuldet, der wichtige Kaffeesektor liegt nach dem Verfall des Weltmarktpreises quasi brach, und unter seinem Amtsvorgänger Alemán haben sich korrupte Machtstrukturen gebildet, die das ganze Land lähmen.

Kühne Versprechungen anstatt eindeutiger Wahlprogramme

Die schlagenden Argumente gegen den jeweils anderen entbanden die Konkurrenten offensichtlich davon, eine klare Programmatik zu entwickeln und diese dem Wähler zu vermitteln. Über Bolaños' Absichten ließ sich etwas besser mutmaßen, da er v.a. in der Wirtschaftspolitik Kontinuität zur Regierung Alemán zusagte. Das lässt eine Fortführung der neoliberalen Reformen (Privatisierungen, Deregulierung, Senkung der Staatsausgaben v.a. durch Sozialabbau etc.) erwarten. Effektiver als sein Vorgänger wolle er die Korruption bekämpfen, so betonte Bolaños immer wieder – ohne jedoch eine konkrete Anti-Korruptions-Strategie preiszugeben. Darüber hinaus wolle er in den Provinzen des Landes „ki-

oskos tecnológicos“ aufstellen lassen. Inspiriert ist diese Idee wohl vom überaus erfolgreichen System der peruanischen „*cabinas públicas*“. Die versprochenen Internet-Stationen sollen zur Modernisierung des Landes beitragen, indem sie auch Menschen, denen das Geld für einen eigenen Computer fehlt, die Teilnahme an der Globalisierung ermöglichen. (Hoffentlich hat Bolaños auch an die über 30% Analphabeten gedacht. Sie können mit der Computer-Tastatur vermutlich wenig anfangen...) Ansonsten versicherte Bolaños, verstärkt den sozialen Wohnungsbau voranzutreiben, die Gehälter der Lehrer zu erhöhen und ähnliche populäre Forderungen zu erfüllen.

Ortega hatte vor der Wahl v.a. angekündigt, was er alles *nicht* tun werde, falls er gewählt würde. Er würde keine Enteignungen durchfüh-

ren und die Strukturanpassungsabkommen mit den Internationalen Finanzorganisationen nicht aufkündigen, obwohl er deren Maßgaben für falsch halte. Ebenso wenig würde er die Wehrpflicht wieder einführen. In seinen affirmativen Versprechungen stand er Bolaños in nichts nach. Die Korruptionsbekämpfung und den sozialen Wohnungsbau schrieb sich auch Ortega auf die Fahnen. Außerdem wollte er einen Fonds zur Reaktivierung der Landwirtschaft gründen, aus dem Kredite an Kleinproduzenten gezahlt würden. Dadurch würden auf dem Land 600.000 neue Arbeitsplätze entstehen. Jede Frau auf dem Land bekäme eine Kuh, ein Schwein, fünf Hennen, Saatgut und noch einige weitere Produktionsmittel („Inforpress“, 14.9.2001).

Der CSE macht es spannend

Die in Ermangelung klarer Wahlprogramme favorisierte Verteufelung des jeweils anderen führte zu einer stark polarisierten Atmosphäre vor den Wahlen. Die völlig offenen Umfrageergebnisse steigerten die Spannung zusätzlich. Alle Welt erwartete ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Ortega und Bolaños. Man musste annehmen, dass schon die kleinste Unregelmäßigkeit in der Durchführung der Wahlen das Ergebnis hätte verfälschen können.

Der Oberste Wahlrat CSE zerstörte den Glauben an seine Unparteilichkeit restlos: Er verbot der unabhängigen Wahlbeobachtungsorganisation *Ética y Transparencia* (E+T), die Ergebnisse ihres *contéo rápido* (Schnellauszählung) vor der amtlichen Bekanntgabe des Endergebnisses zu veröffentlichen. E+T hatte beabsichtigt, noch am Wahlabend die Ergebnisse von 10% der Wahltische bekannt zu geben. Eine solch große „Stichprobe“ lässt gemäß den Berechnungen der Statistiker eine Abweichung vom Schlusstand von höchstens 1% zu. Bei den letzten Wahlen in Peru beispielsweise lagen die Resultate des *contéo rápido* gerade 0,02% neben dem Endergebnis. Die Hochrechnung von E+T wäre also extrem verlässlich gewesen, was dem CSE eine nachträgliche Manipulation des Wahlausgangs erheblich erschwert hätte. Der Wahlrat versicherte dagegen, er verbiete die Bekanntgabe des *contéo rápido* aus einem anderen Grund: Würden die Anhänger einer Partei aufgrund der Schnellauszählung den Sieg für sich beanspruchen und würde das Endergebnis dann doch anders ausfallen, wüchse die Gefahr einer gewalttätigen Reaktion. Das allgemeine Misstrauen in die gesetzmäßige Abwicklung der

Abwicklung der Wahlen konnte der CSE mit dieser Argumentation nicht ausräumen.⁸

Im Übrigen stand zu befürchten, dass es am Wahltag zu Gewalttätigkeiten größeren Ausmaßes kommen würde. Vier Tage vor der Wahl starb ein 22-Jähriger bei Auseinandersetzungen nach der Abschlusskundgebung des PLC (unter bislang ungeklärten Umständen). Präsident Alemán kündigte vorsorglich an, sollte es am Wahltag zu Ausschreitungen kommen, werde er sofort den Ausnahmezustand verhängen.

All dies veranlasste ganze Heerscharen von Wahlbeobachtern, die Rechtmäßigkeit des Wahlvorgangs zu kontrollieren. Neben zahlreichen einheimischen Organisationen (wie *Ética y Transparencia*) waren Delegationen der EU, der OAS (u.a. OAS-Chef César Gaviria höchst persönlich) und verschiedener ausländischer NGOs vertreten. Natürlich durfte auch der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter mit seinem *Carter Center* nicht fehlen. Insgesamt fanden sich rund 12.500 Wahlbeobachter ein; davon 3.000 ausländische und 4.500 allein von E+T. Die Zahl der Beobachter lag damit doppelt so hoch wie bei den Wahlen von 1996 und fünf Mal so hoch wie 1990.

Keine der Beobachterorganisationen hatte grundsätzliche Einwände gegen die Rechtmäßigkeit der Wahl. Vielerorts wurden zwar organisatorische Mängel beklagt, die zu Verzögerungen und teilweise chaotischen Zuständen geführt hätten, aber von einer absichtlichen Verfälschung der Wahlergebnisse ist nicht die Rede. Auch Jimmy Carter bestätigte, alles habe im Großen und Ganzen den gesetzlichen Bestimmungen entsprochen. Allerdings hätten die entsprechenden Gesetze potentiell einer Manipulation Tür und Tor geöffnet. U.a. empfahl er, den CSE wieder zu entpolitisieren („El Nuevo Diario“, 6.11.2001). Die befürchtete Wahlfälschung großen Stils blieb also aus.⁹ Ebenso widersprach das Wahlergebnis allen Erwartungen eines extrem knappen Kopf-an-Kopf-Rennens. (Damit bestätigt sich das Phänomen, dass Ortega in Umfragen wesentlich besser abschneidet, als an der Wahlurne. 1990 war ihm ein Sieg prognostiziert worden, den dann Violeta Chamorro davontrug).

⁸ Trotz des Verbots von Hochrechnungen auf Schnellauszählungsbasis wurden erste Tendenzen des Wahlergebnisses noch in der Wahlnacht bekannt. „La Prensa“ hatte von einem „geheimen Informanten“ erfahren, dass Bolaños in den Auszählungen weit vorne liege.

⁹ Die Sandinisten verdächtigten den CSE allerdings, die Ergebnisse der Parlamentswahlen verfälscht zu haben. Einige Abgeordnetenplätze seien unrechtmäßigerweise der PLC zugesprochen worden. Bei Redaktionsschluss waren diese Vorwürfe weder bestätigt noch widerlegt.

Erste Reaktionen aus dem Ausland: Freude beim großen Bruder und den Nachbarn

Das internationale Umfeld reagierte auf die Wahl Bolaños' größtenteils sehr positiv. George W. Bush gratulierte telefonisch, und die Regierungen der zentralamerikanischen Länder zeigten sich ebenfalls höchst erfreut. Sie hatten befürchtet, ein Sieg Ortegas würde in Nicaragua zu wirtschafts- und außenpolitischen Alleingängen führen, die den ohnehin schleppenden Fortgang der zentralamerikanischen Integration weiter erschweren würden. Ob Bolaños tatsächlich zur Einheit auf dem Isthmus beitragen wird, ist indes mehr als fraglich. Immerhin war die Politik seines Parteifreundes Alemán, der sich (u.a. in Form seiner Anwartschaft auf die Parlamentspräsidentschaft) anschickt, die Rolle einer grauen Eminenz zu spielen, in dieser Beziehung eher kontraproduktiv. Er hatte im Zuge eines Territorialstreits mit Honduras einen 35-prozentigen Strafzoll auf alle Importe jenes Landes gelegt; nicht gerade ein Schritt in Richtung wirtschaftlicher und politischer Integration.

Ausblick: Es kann nur besser werden

Alemáns Nachfolger will auf internationaler Ebene schon vor dem Amtsantritt am 10. Januar aktiv werden. Bolaños kündigte an, er werde in

die USA, nach Europa, Japan und Taiwan reisen, um sich noch vor der Übernahme der Regierungsgeschäfte finanzielle Hilfe für seine Politik zu sichern („La Prensa“, 10.11.2001).

Aber nicht nur von der internationalen Unterstützung wird es abhängen, ob er Nicaragua aus der tiefen sozioökonomischen Krise herausführen kann. Es kommt vielmehr darauf an, eine kohärente und konsequente Politik der wirtschaftlichen Stabilisierung durchzusetzen und gleichzeitig – und darin liegt genau die Schwierigkeit – effektive Maßnahmen zur Armutsbekämpfung zu ergreifen. Seinem Konkurrenten Daniel Ortega hat eine große Mehrheit der Nicaraguaner diese Leistung nicht zugetraut. Enrique Bolaños kann es nur schaffen, wenn er versteht, sich der Vormundschaft seines Ziehvaters Alemán zu entledigen. Denn in den allermeisten Politikbereichen wäre ein sturer *continuismo* für Nicaragua fatal.

Quellen:

Rogers, Tim: Silent War in Nicaragua. In: NACLA Report on the Americas, 2001/4, S. 11-15.

Internet-Pressearchiv des IIK („IberoDigital“): www.rrz.uni-hamburg.de/IIK/IberoDigital/

Consejo Supremo Electoral (CSE): www.cse.gob.ni

Comisión Económica para América Latina y el Caribe (CEPAL): www.eclac.org/

Autorennotiz: Peter Peetz, M.A., ist Politikwissenschaftler und wird ab Januar 2002 für die Friedrich-Ebert-Stiftung in Tegucigalpa (Honduras) arbeiten. E-Mail: ppeetz@hotmail.com.

Robert Schuller (Tabelle „Sozioökonomische Indikatoren im Langzeitvergleich“ und Kasten „Der neue Präsident Nicaraguas im Profil“) ist derzeit Praktikant am Institut für Iberoamerika-Kunde, Hamburg. Er studiert Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München. E-Mail: robert.schuller@gmx.de

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Susanne Gratius, Andreas Steinhauf; Textverarbeitung: Ilse Heinbokel

Bezugsbedingungen: DM 120,- p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); DM 90,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); DM 60,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von DM 30,- erhoben. Einzelausgaben kosten DM 6,00 (für Studierende DM 4,00). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaci 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: iikh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.rrz.uni-hamburg.de/IIK>